

Ausgabe I-2006
Wahlkampfausgabe

ULix
News



Grußwort	Wahlkampf mal langweilig!	1
aus dem Landesvorstand	Die JuLi-Kandidaten zur Landtagswahl 2006	2
aus den Kreisverbänden	JuLis Halle starten ins Wahljahr 2006	3
	Die Auffassung der SPD von Demokratie	4
	Die Julis in neuen Strukturen / Kreisverbände fusionieren	5
Interviews	Dr. Lydia Hüskens	6
FDP und Co.	Nationalparkfusion	9
	Wunden aufreißen	11
Liberales ABC	A wie Aufklärung und B wie Bildung	12
Theorie und Politik	Alexis-Charles-Henri Clérel de Tocqueville Demokratieverständnis - eine Ambivalenz zwischen Freiheit und Gleichheit	13
Bedeutende Liberale	Friedrich Augsut von Hayek	15
Netznews	Weblinks und mehr	17
Termine	Alle wichtigen Termine bis zur Landtagswahl	18
Impressum		18

Wahlkampf mal langweilig!

Nur die FDP macht ordentlich Dampf!

So richtig Fahrt will der Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt noch nicht aufnehmen. Die sonst üblichen Wortgewichte zwischen den Großen Parteien blieben bisher aus. Abgesehen von FDP-Beschimpfungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Scharf halten sich die Konservativen zurück. Man könnte den Eindruck gewinnen, Herr Böhmer hat nicht bemerkt, dass Wahlen sind in diesem Land. SCHWARZ/ROTE 19% im ganzen Land werden auch Herrn Böhmer wachrütteln. Selbst die SPD scheint den Spaß verloren zu haben. Inzwischen hat man „tolle“ eigene Programme aber umsetzen will man sie frühestens 2020. Das Motto der SPD scheint: WEITER SO, Sachsen-Anhalt. Die Linkspartei klaut den Grünen, das Grün und die Grünen scheinen es völlig verbrockt zu haben. Nicht so die Liberalen. Der Wahlkampf der FDP in Sachsen-Anhalt ist gut angelau-

fen. Wir sagen klar, was geschehen soll und wo die Zukunft des Landes werden wir kein Blatt vor den Mund nehmen oder gar auf die Herren Scharf und Böhmer Rücksicht nehmen.

In den kommenden Wochen werden die Julis unterwegs sein. Ob in Bitterfeld oder in Stendal. Kein Wahlkampf ohne die Julis. Denn ohne Gelb wird's finster.

Also auf in den liberalen Häuserkampf! Ausgeruht wird bei CDU und SPD.



Stefan Thurmann
Landesvorsitzender



Julis unterstützen den Spitzenkandidaten Karl-Heinz Paqué bei der Vorstellung der Großfläche „Schwarz-Rot haut rein: 19% MwSt.“

Die JuLi-Kandidaten zur Landtagswahl 2006



Spitzenkandidat der JuLis
Sachsen-Anhalt
Wahlkreis 28 Wolfen
Landesliste der FDP Platz 7
Guido Kosmehl



Wahlkreis 37 Halle II
Landesliste der FDP Platz 11
Friedemann Scholze



Landesliste der FDP Platz 15
Judith Röder



Wahlkreis 13 Magdeburg IV
Landesliste der FDP Platz 19
Martin Sobczyk



Wahlkreis 04 Stendal
Landesliste der FDP Platz 21
Marcus Faber



Wahlkreis 37 Staßfurt
Landesliste der FDP Platz 24
Tobias Schreiter



Wahlkreis 37 Staßfurt
Landesliste der FDP Platz 27
Christian Gläsmann



Wahlkreis 22 Koethen
Peter Kehl

JuLis Halle starten ins Wahljahr 2006

Die Jungen Liberalen Halle-Saalkreis haben sich für das Wahljahr 2006 einiges vorgenommen. Wieder aufgenommen wurde die Diskussionsreihe „Liberale Mandats- und Amtsträger antworten“. Das Ziel dieser Veranstaltungsreihe besteht darin, dass beim wöchentlichen Stammtisch wieder etwas stärker politisch diskutiert wird. Dazu lädt der Kreisverband der JuLis regelmäßig einen FDP-Politiker von der Kommunal-, Landes-, Bundes- oder Europaebene ein.

Erster Gast des Jahres 2006 war der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende unserer Stadtratsfraktion Friedemann Scholze. Dieser berichtete aus seiner Arbeit als Abgeordneter in Landtag und Stadtrat. Scholze konnte vor allem zu „seinen“ Themengebieten Gesundheitspolitik und Kommunalpolitik berichten, musste sich aber auch mit Fragen zu Mehrwertsteuern, Hochschulen und der Inneren Sicherheit auseinandersetzen. Dass das

Interesse der Jungen Liberalen sehr groß war, konnte man nicht zuletzt an zwei Punkten ablesen. Zum einen hatten deutlich mehr Leute den Weg zum Stammtisch gefunden als sonst, zum anderen wurde bis nach halb elf diskutiert. Insgesamt also ein sehr interessanter Abend. Und dies nicht zuletzt gerade deshalb, weil mit dem Thema Gesundheit über ein Politikfeld gesprochen wurde, welches ansonsten für die JuLis eher ein Randthema ist.

Nächster Gast der Diskussionsreihe ist 9. März der stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion Guido Kosmehl und am 13. April der Leipziger Europaabgeordnete Holger Kraemer. Zu allen Terminen sind Gäste immer gern gesehen. Ort ist weiterhin das „Yum-Yum“ gegenüber der Harz-Mensa, Beginn ist 20 Uhr. Kontaktdaten und Hinweise sind auf der Homepage des Kreisverbandes unter www.julis-halle.de zu finden.

Wie jedes Jahr um diese Zeit hat der Kreisverband der Jungen Liberalen in der Karnevalssaison eine Teilnahme am Rosenmontagszug ins Auge gefasst. Ob eine solche Teilnahme möglich ist, hängt aber auch wie jedes Jahr hauptsächlich von der Frage ab, inwieweit ein taugliches Fahrzeug organisiert werden kann. Der Kreisvorsitzende Frank Wusterhausen gibt sich diesbezüglich aber optimistisch.

Das ganz große Thema in den nächsten Wochen wird zweifellos der Landtagswahlkampf sein. Der Hundertjährige Kalender sagt für den März wechselhaftes Wetter voraus. Und zwar wechselnd zwischen Kälte, Schnee und Sturm. Bestes Wetter also für einen knallharten Abnutzungswahlkampf. Die Hallenser JuLis werden sich dennoch wie immer, soweit Ausbildung, Studium und Beruf erlauben, am Wahlkampf beteiligen und an den Ständen frieren. Immerhin scheint es diesmal ausnahmsweise der letzte Wahlkampf

für die nächste Zeit zu sein. Sonst kam ja immer noch eine Bundestagswahl im Sommer.

Nachzureichen aus dem letzten Jahr bleibt noch die Neuwahl des Kreisvorstandes. Alter und neuer Vorsitzender ist Frank Wusterhausen, sein Stellvertreter ist Frank Hoffmann. Stefan Richter, der auch Mitglied im Kreisvorstand der FDP ist, bleibt weiterhin Schatzmeister. Als Beisitzer neu dabei ist Marcus Syring, wieder gewählt wurde Martin Temme. Ich wünsche dem neuen Kreisvorstand viel Glück, genauso wie allen werdenden bzw. gerade gewordenen Vätern des Kreisverbandes. Und den Müttern natürlich auch.

Achim Kertscher

Die Auffassung der SPD von Demokratie

Am 26. Januar fand im Gebäude der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg eine Diskussion zum Thema Studiengebühren statt. Eingeladen hatten attac sowie die offene linke Liste. Referenten waren Matthias Höhn (Die Linkspartei.PDS), Sören Herbst (Grüne), Christiane Dienel (SPD) und Lydia Hüskens (FDP), die CDU hatte sich kurzfristig entschuldigen lassen. Moderiert von Prof. Klein sollte das Podium die derzeitige Auffassung der Parteien zum Thema Studiengebühren darstellen.

Überraschend war vor allem der Blick ins Publikum: 25 Anwesende, davon vier Liberale, zeigten deutlicher als jede Studie, welche Bedeutung dem Thema in der Studierendenschaft beigemessen wird.

Klar war: alle Parteien außer der FDP lehnen Studiengebühren ab, weil sie eine „Kommerzialisierung“ des ihnen heiligen Bildungsgutes fürchten. Das zwei der auf dem Podium eifrig gegen jede Form der

nichtstaatlichen Finanzierung wetternden Diskutanten selbst ihr Geld in diesem Sektor verdienen, scheint für diese kein Problem zu sein. Christiane Dienel (SPD), im „Kompetenzteam“ von Jens Bullerjahn für Hochschul- und Wissenschaftspolitik zuständig, überraschte das Publikum dann auch mit einer recht unkonventionellen Auffassung von Politik. Nachdem sie der überwiegend studentischen Zuhörerschaft versichert hatte, dass die SPD felsenfest für die Gebührenfreiheit des Studiums stehen würde, wurde sie durch einen Zuhörer befragt, ob diese Standhaftigkeit die gleiche sei wie bei der Mehrwertsteuer – bei der ihre Partei vor der Wahl ebenfalls eine Erhöhung vor der Wahl ausgeschlossen hatte um dann nach der Wahl sogar noch draufzulegen. Die Antwort der gelernten Politikwissenschaftlerin mit Lehrstuhl für Europäische Politik und Gesellschaft hatte machiavellistische Züge. Vor der Wahl müsse man schließlich erst einmal Mehrheiten finden – was dann nach der Wahl in den Koalitionsverhandlungen zu Dispositionen stehe, könne vorher schließlich kei-

ner wissen. Ein solches Statement hätte sicherlich von einer kleinen Partei erwartet werden können, die in Verhandlungen mit einem großen Partner immer Kompromisse machen muss. Bei einer Volkspartei, die mit Führungsanspruch in diese Wahl geht, zeigt dies einmal mehr, dass die SPD hier in entscheidenden Fragen der Landespolitik kein klares Konzept hat. Die gesamte Diskussion darüber zeigte aber ein weiteres: ein breiter Konsens über alle Parteien bestand in der Auffassung, dass in der Hochschulfinanzierung Lücken bestehen und die Entwicklung in den nächsten Jahren problematisch zu werden droht. Nur in den Lösungskonzepten herrscht Dissenz: während alle anderen Parteien eine wie auch immer zu organisierende weitere staatliche Finanzierung als Allheilmittel sehen, setzt nur die FDP auf die (moderate) Beteiligung des einzelnen Studenten. Dies ist auch der einzige, wirklich zukunftsfähige Weg, da nur dies garantiert, dass das eingenommene Geld direkt und unmittelbar der eigenen Hochschule zur Verfügung steht. Es stärkt den Wettbewerb unter den

Hochschulen um Studenten und verbessert die Stellung des einzelnen Studenten innerhalb der Hochschule. Traumtänzereien wie die der PDS, bundeseinheitlich festgelegte Gelder umzuwidmen, oder schwammige Forderungen seitens SPD und Grüne, die Gelder halt „im Haushalt an anderen Stellen einzusparen“, zeigen einmal mehr die Unentschiedenheit dieser Parteien, Themen anzupacken, die ihrer eigenen Klientel möglicherweise nicht gefallen. Politik heißt eben auch, Positionen zu vertreten, die vielleicht auf den ersten Blick Stimmen kosten, aber langfristig eine wirkliche Verbesserung in der Qualität der Lehre und damit einen höheren Nutzen für den Studenten bringen, als ein zwar kostenloses, aber dafür unterdurchschnittlich qualifizierendes Studium.



Martin Sobczyk
JuLi-Landtagskandidat

Die Julis in neuen Strukturen / Kreisverbände fusionieren

Viele Jahre wurde in Sachsen-Anhalt über die Struktur der Landkreise und eine mögliche Kreisgebietsreform gesprochen. Vor wenigen Monaten beschloss der Landtag von Sachsen-Anhalt die neue Kreisgebietsreform. Am 01. Juli 2007 wird nun die Zahl der Landkreise nahezu halbiert. Viele Institutionen, Vereine und Organisationen müssen in den kommenden Monaten ihre Struktur entsprechend der neuen Kreisgrenzen anpassen.

Die Julis sind hier ihrer Zeit voraus. Am 25. Februar gründete sich in Wanzleben der neue Kreisverband Börde der Jungen Liberalen. Er orientiert sich an den künftigen Grenzen des Landkreises Börde und umfasst den derzeitigen Ohrekreis sowie den Bördekreis. In Anwesenheit des Juli-Spitzenkandidaten Guido Kosmehl und des örtlichen Landtagsabgeordneten Uwe Schrader hoben 5 Julis den neuen Kreisverband, der derzeit



v.l.n.r.: Stefan Thurmann, Dr. Uwe Schrader, Georg Junghans, Anne Daehre, Robert Frysch, Guido Kosmehl

8 Mitglieder zählt, aus der Taufe. Prominentes Gründungsmitglied wurde der Bundestagsabgeordnete Jens Ackermann. Zum Gründungsvorsitzenden wählten die Bördejulis den 18-jährigen Gymnasiasten George Junghans. Nur eine Woche später wurde aus dem Kreisverband Schönebeck/Aschersleben-Staßfurt der neue Juli-Kreisverband Salzland. Er umfasst neben den beiden Altkreisen auch den Landkreis Bernburg, im dem es bisher keinen Juli-Kreisverband gab. Neuer Kreisvorsitzender der Julis wurde der 21-jährige Jura-Student Roy Conrad.

Die Mitgliederversammlung konnte zahlreiche Neumitglieder aufnehmen, darunter auch einige aus Bernburg, so dass eine flächendeckende Präsenz der Julis gewährleistet ist. Der Landtagsabgeordnete und FDP-Kreisvorsitzende Johann Hauser, der als Gast auf der Veranstaltung begrüßt wurde, versprach den Julis jede erdenkliche Unterstützung.

Nachdem vor wenigen Wochen der neue Kreisverband Harz, unter der Leitung von Peter Horn, bereits in den neuen Kreisgrenzen gegründet wur-

de, konnten ab Samstag den 4. März 3 Kreisverbände in zukunftsfähigen Strukturen gegründet werden. Der Landesvorstand wird auch in den kommenden Monaten die Neugestaltung der Kreisverbandsstrukturen intensiv begleiten und unterstützen.

Während auf allen Ebenen man sich in vielen Gesprächen verliert, handeln die Julis. Auch die FDP wäre gut beraten zeitnah die Fusion der Kreisverbände vorzubereiten. Eines ist jedoch klar: Die Julis sind wieder einmal der Zeit voraus.



Landesvorsitzender

Dr. Lydia Hüskens

Parlamentarische Geschäftsführerin, Sprecherin für Finanzen, Landtagskandidatin 2006

Sachsen-Anhalt wählt am 26. März 2006 einen neuen Landtag. Die bürgerliche Koalition soll mit der starken liberalen Note weiter fortgesetzt werden – das Motto heißt: „Weiter wachsen – Sachsen-Anhalt!“ Was ist damit gemeint?

Sachsen-Anhalt hat nach acht Jahren der Stagnation unter rot-rot in den letzten Jahren erheblich an Dynamik gewonnen. 20.000 Arbeitsplätze konnten im ersten Arbeitsmarkt zusätzlich geschaffen werden. Darauf wollen wir in den nächsten fünf Jahren aufbauen und dafür Sorge tragen, dass weitere Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Unternehmen im Lande sollen weiter wachsen. Darüber hinaus ist es unser Ziel auch in den übrigen Politikfeldern in den kommenden Jahren die Situation weiter zu verbessern, um die Lebensbedingungen für möglichst viele in unserem Bundesland attraktiver zu gestalten.

Welche Vorhaben im Land während der letzten Legislatur tragen eine liberale Handschrift?

Wir haben mit den Ressorts Finanzen, Wirtschaft und Soziales drei der Schlüsselressorts, so dass die Politik unseres Landes insgesamt eine liberale Handschrift trägt. Darüber hinaus sind natürlich die Gesetze zur kommunalen Neugliederung zu nennen und eine Reihe von Regelungen im Schul- und Hochschulbereich. Dort haben wir allerdings nicht alles so umsetzen können, wie wir es uns vorgenommen haben. Wir wollen deshalb in der nächsten Legislatur für mehr Autonomie und weniger bürokratische Gängelung in den Schulen und Hochschulen streiten.

Als „Haushälterin“ der FDP-Fraktion müssen Sie auf die Finanzen achten, ohne daß einzelne Bereiche kaputt gespart werden. In der Diskussion ist da vor allem der Bildungsbereich, der ja auch eine Investition in die Zukunft darstellt. Wie werden sich die Liberalen hier engagieren?

Wir Liberalen werden uns immer dafür einsetzen, dass der Bildungsbereich von

Kürzungen der Finanzmittel soweit als Möglich ausgespart wird. Dies wird uns aber dadurch erschwert, dass wir keine der Mittel für den Hochschulbereich einsetzen können, die wir über die Sonderzuweisungen des Bundes aus dem Solidarpakt erhalten. Denn auch wenn es im Sprachgebrauch immer heißt, dass Geld für Bildung eine Investition in die Zukunft sei, in der kameralistischen Buchführung wird es der Hauptgruppe 6 und damit den konsumtiven Ausgaben zugeordnet. Für die aber dürfen Gelder aus dem Solidarpakt nicht verwendet werden.

Speziell in der Hochschulpolitik gibt es kontroverse Diskussionen. Oft wird behauptet, die Liberalen würden die Hochschulen kaputt sparen. Stimmt das?

Nein, im Jahr 2002 wurden den Hochschulen Finanzmittel in Höhe von 288 Millionen Euro zugewiesen. 2006 sind es mehr als 290 Millionen Euro. Zusätzlich haben wir ein Exzellenzprogramm von 6 Millionen Euro für die Hochschulen aufgelegt und eine Vereinbarung getrof-

fen, dass steigende Personalkosten durch Tarifabschlüsse gesondert verhandelt werden. Während andere politische Bereiche tatsächlich Reduzierungen hinnehmen mussten, erhalten die Hochschulen mehr Geld. Denn hier sollen die Einsparungen tatsächlich durch die Umstrukturierung erwirtschaftet werden, deren Potentiale aber erst in den kommenden Jahren greifen. Darüber hinaus wollen wir den Hochschulen die Möglichkeit geben, neben Drittmitteln und Mitteln aus wirtschaftlichen Betrieben auch Studiengebühren zu erheben und für die Verbesserung der Lehre einzusetzen. Die Summe könnte realistisch bei etwa 25 Millionen Euro liegen.

Stichwort Hochschulautonomie. Beginnt die nicht eigentlich erst mit der finanziellen Unabhängigkeit?

Eine völlige Autonomie der Hochschulen würde natürlich auch eine finanzielle Unabhängigkeit erfordern. Ich aber sicher, dass auch ohne finanzielle Unabhängigkeit deutlich mehr Autonomie für die

Hochschulen möglich ist. Im ersten Schritt ist den Hochschulen der Finanzanteil des Landes als Globalhaushalt zugewiesen worden. D.h. die Binnenverteilung aller Sachkosten und der nicht rechtsverpflichtenden Personalkosten wird durch die Hochschule selber organisiert. Darüber hinaus hat sich die FDP im Zuge der Hochschulgesetzesnovelle für eine Reduzierung von Genehmigungsvorbehalten eingesetzt und möglichst viele Regelungen über die Grundordnung der Hochschulen zu klären versucht. Hier gibt es aber noch eine Reihe von Möglichkeiten, wie die Berufung von Professoren, wie die Regelung von Nebentätigkeiten, wie die Erhebung Studiengebühren.

Stichwort Studiengebühren. Welchen Anteil an den Gesamtkosten der Hochschule werden hier der Studentenschaft abverlangt und wie kann ein Student diese finanzieren?

Die FDP-Fraktion ist dafür, dass die Hochschulen die Möglichkeit erhalten sollen, Studiengebühren zu erheben. Die Summe sollte pro Student bei 500 Euro gedeckelt sein, kann aus Sicht der FDP aber durch aus zwischen den Hochschulen, Fakultäten

und Studiengängen variieren. Die Gelder sind ausschließlich für die Verbesserung der Lehre einzusetzen. Um sicherzustellen, dass kein Student durch die Beiträge vom Studium abgehalten wird, ist durch einen Kontraktionszwang und eine Landesbürgerschaft zu regeln, dass jeder Student, der dies möchte, ein zinsgünstiges Darlehn für die Studiengebühren erhält, dass er erst nach Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit entsprechend seines wirtschaftlichen Vermögens zurückzahlen muss.

Ein paar Daten zur Person, bitte?

Dr. Lydia Hüskens, verheiratet, zwei Söhne.

Ich bin Historiker und habe in den Nebenfächern Politikwissenschaft und Publizistik studiert. Nach einigen Jahren in einer PR-Agentur bin ich 1992 nach Magdeburg gezogen und habe im Umweltministerium die Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut und später in der Wasserwirtschaft die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie koordiniert. Seit 1994 bin ich Mitglied im Kreisvorstand der FDP-Magdeburg, seit 2003 auch im Landesvorstand. Seit Beginn der Legislatur bin ich Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion

und Finanzpolitische Sprecherin. Ich bin Mitglied des 9. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses und stellvertretendes Mitglied der Ausschüsse für Umwelt, für Landwirtschaft und im zeitweiligen Hochwasserausschuss.

Was heißt für Sie Liberal?

Liberal bedeutet für mich vor allem, möglichst viele Freiräume für unsere Bürger zu schaffen und die staatlichen Regelungen aber natürlich auch die staatliche Fürsorge auf ein Mindestmaß zu begrenzen. Liberal bedeutet aber auch, eine möglichst weltoffene, tolerante Gesellschaft zu schaffen.

Wie kann eine liberale Politik auf Landesebene gestaltet werden?

Zunächst brauchen wir am 26. März einen möglichst großen Stimmenanteil, damit wir auch in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen können, dass staatliche Regelungen reduziert werden und staatliche Aufgaben zurückgeschnitten werden. Gleichzeitig müssen wir uns verstärkt um die Bereiche kümmern, die die Zukunft unseres Landes prägen, den Bildungsbe-

reich, den Bereich des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftsförderung aber auch den Kernbereich der hoheitlich Aufgaben, wie Polizei und Finanzverwaltung.

Kandidatur, warum? Welche konkreten Vorhaben stehen für die nächste Legislatur an?

Ich habe 2 Söhne, die noch klein sind. Ich möchte, dass sie in einem Bundesland aufwachsen, dass Ihnen gute Startchancen bieten kann und dessen Wirtschaft ihnen später auch die Möglichkeit bietet beruflich Fuß zu fassen. Das ist für mich ein wesentlicher Grund gewesen, 2002 zu kandidieren. Nach vier Jahren Landtag haben wir dafür wichtige Fundamente gelegt. Jetzt gilt es darauf aufzubauen. Für mich gehört dazu auch ein ausgeglichener Landeshaushalt, um zukünftigen Generationen auch die Möglichkeit zu politischen Gestaltung ihrer Gesellschaft zu geben.

Wo besteht konkreter Handlungsbedarf?

Neben dem Bereich der Wirtschaftsförderung, der ein kontinuierliches Geschäft ist, müssen wir die Qualität des Bildungsangebotes weiter verbessern und in der

kommenden Legislatur endlich auch den Haushalt ausgleichen. Dies wird wohl die politische schwierigste Aufgabe.

Die Bundestagswahl hat uns eine große Koalition beschert. Schon die langwierigen Verhandlungen zeigen: eine große Koalition heißt Stillstand. Wie kann dem auf Landesebene begegnet werden?

Wir können den Bürgern unseres Landes nur immer wieder vor Augen führen, dass große Koalitionen eben die Gefahr der Beschlüsse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner bergen. Dies haben wir in Sachsen-Anhalt bis 2002 mit der SPD-PDS-Regierung gehabt. Allerdings wird man auch der Koalition in Berlin zumindest die Chancen geben müssen zu beweisen, ob sie es nicht besser machen kann.

Wie wird der Wahlkampf ablaufen? Welche Schwerpunkte sehen Sie?

Schwerpunkt wird wie 2002 die Schaffung von Arbeitsplätzen sein, sowie die weitere Verbesserung des Bildungsangebotes. Allerdings geht es dabei mehr um eine kontinuierliche Verbesserung der Qualität in den bestehenden Strukturen. Veränderungen der Strukturen lehnt die FDP ab.

Überlagert werden könnten landespolitische Themen von der Mehrwertsteuererhöhung, da diese nach der Landtagswahl auf Bundesebene entschieden werden soll und die Landtagswahlen dementsprechend für viele auch eine Möglichkeit sein werden, sich dagegen auszusprechen.



Oft wird behauptet, für die Liberalen sei kein Platz mehr im Spektrum der Parteien. Die Wahlerfolge der letzten Jahre zeigen aber, dass die Akzeptanz liberalen Gedankengutes offensichtlich größer ist, als es der politische Wettbewerb

wahrhaben will. Wo liegen die Vorteile liberaler Politik für den Wähler?

Für Menschen die Vertrauen in ihre eigene Leistungsfähigkeit haben und die eine staatliche Bevormundung ablehnen, ist die FDP die einzige Partei, die ihre Interessen vertritt. Alle anderen Parteien vertreten die Auffassung, dass gesellschaftliche Probleme durch staatliches Handeln zu lösen sind, obwohl dies in den vergangenen Jahrhunderten nur selten funktioniert hat.

Speziell in Sachsen-Anhalt?

Wir sind in den letzten vier Jahren unbestritten der Motor für die Politik in unserem Land gewesen. Daran zweifelt nicht einmal die Opposition. Wir Liberalen haben anders als die drei Volksparteien die Möglichkeit, unsere Positionen klarer und schneller zu beziehen und dann auch konsequenter zu verfolgen. Unser Land kann sich keine Politik des Zauderns leisten.

Auch die Analyse der Wahlergebnisse zeigt, dass liberale Inhalte in allen gesellschaftlichen Bereichen ankommen – bei Arbeitern wie bei Unternehmern, bei Selbständigen wie bei abhängig Be-

schäftigten. Selbst in der – bedauerlicherweise noch immer viel zu großen – Gruppe der Arbeitslosen konnten die Liberalen zuletzt Erfolge verbuchen, warum?

Die Menschen in unserem Bundesland wissen, dass die Zukunft unseres Landes von den Erfolgen unserer Wirtschaft abhängt. Niemand arbeitet gerne im zweiten Arbeitsmarkt, niemand ist freiwillig arbeitslos. Deshalb ist eine Politik, die ganz klar auf wirtschaftliches Wachstum setzt, für viele Menschen in unserem Land attraktiv.

Ein persönlicher Wunsch für die nächste Wahl?

Ein gutes, zweistelliges Wahlergebnis für die FDP, das es uns möglich macht, auch in den nächsten fünf Jahren liberale Politik für unser Land zu gestalten, damit Sachsen-Anhalts Wirtschaft weiter wächst und das der Bundesregierung zeigt: Die Bevölkerung will keine Mehrwertsteuererhöhung.

*Die Fragen stellte:
Christine Sobczyk*

Nationalparkfusion

Bundesweit einmalig gibt es im Harz einen länderübergreifenden Nationalpark Harz. Die Landtage von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen machten mit der Verabschiedung weitgehend gleich lautender Gesetze den Weg frei. Details zur Verwaltungstechnischen Umsetzung werden in einem Staatsvertrag geregelt, der Anfang Januar unterzeichnet wurde.

Der Brocken - der mit 1142 Metern höchste Berg des Mittelgebirges - liegt im sachsen-anhaltischen Teil des Gebirges. Er wird auch gern als „Berg der Deutschen“ bezeichnet. Mit jährlich mehreren Millionen Besuchern aus aller Welt gilt er als der touristische Anziehungspunkt im Harz. Das Gebirge kann auf eine nahezu einzigartige Pflanzen- und Tierwelt verweisen, wobei der Teil in Sachsen-Anhalt nicht zuletzt durch die deutsche Teilung bedingt als unberührter gilt.

Die Idee ist relativ alt: eine Vereini-

gung der Nationalparke Hochharz und Harz. Fast wie in Fortsetzung der deutschen Teilung teilt sich der Naturraum Harz wie einst das eine Deutschland nur in diesem Fall nicht mehr zwischen zwei Staaten und sich feindlich gegenüberstehenden Machtblöcken, sondern zwischen zwei freien Ländern eines gemeinsamen Vaterlandes.

Es ist ein Treppenwitz der Geschichte und wirft ein bezeichnendes Licht auf die deutsche Bürokratie, dass man für den Beschluss über die Wiedervereinigung zweier Staaten weniger als ein Jahr lang verhandelt hat und über die Vereinigung von Nationalparks so viele Jahre.

Als die Landesregierungen Niedersachsens und Sachsen-Anhalts das Thema endlich ernsthaft anpackten, waren nicht zufällig zwei schwarz-gelbe Koalitionen involviert. Deshalb war ich auch sehr optimistisch, als am 11. Mai 2004 die Landesregierungen von

Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in einer gemeinsamen Sitzung die Zusammenlegung der beiden Nationalparke im Harz beschlossen haben - welche bürokratischen Blüten die Fusion zweier Nationalparke trieb, hat mich dann allerdings doch immer wieder überrascht.

Insbesondere mit der Trägheit des SPD-geführten niedersächsischen Umweltausschusses hatte ich so nicht gerechnet. Doch mit viel gutem Willen von beiden Seiten - Sachsen-Anhalts und Niedersachsens -, einigen Sondersitzungen und entsprechend vielen Kompromissen wurde dennoch ein Ergebnis erzielt, mit dem alle Beteiligten leben konnten und leben können sollten. Auch in den Beratungen im Umweltausschuss hatte ich eigentlich immer das Gefühl, dass das innerhalb der Fraktionen im Landtag Konsens ist.

Wenn die Fraktion der SPD meint, sie könne dem Ergebnis nicht zustimmen, weil eine künstliche Beschneidung von

Pisten zugelassen wird, dann muss man sie wohl darauf hinweisen, dass im Harz auch Menschen leben und arbeiten, nicht zuletzt im Tourismus. Der Harz wird wohl mit großer Wahrscheinlichkeit niemals zu einem Nationalpark nordamerikanischer Prägung werden. Es wird also immer Eingriffe des Menschen in die Natur geben.

Ich glaube vielmehr, der Widerstand der sachsen-anhaltischen und insbesondere auch der niedersächsischen SPD-Fraktion ist dem Umstand geschuldet, dass sie es eben so lange nicht hinkommen haben. So erregt sich die SPD beispielsweise über den Umstand, dass die Nutzung von Kunstschnee nicht generell untersagt wurde.

Wir können aber nicht allen Ernstes beispielsweise von den Braunlagern verlangen, dass diese ihr Skipisten nicht mehr beschneien dürfen.

So kann man mit den Bewohnern im Harz nicht umgehen. Das würde auch die Akzeptanz des Nationalparks und des Naturschutzes im Nationalpark vor Ort untergraben.

Ein anderes Thema war die Frage des Verfahrens, was im politischen Geschäft immer wieder problematisch ist. Die Tatsache, dass der Niedersächsische Landtag im Gegensatz zu unserem Landtag einen Staatsvertrag für alle Regelungen gefordert hat, sorgt für erhebliche Verzögerungen im Verfahren. Des „lieben Friedens Willen“ hat Sachsen-Anhalt einem zusätzlichen Staatsvertrag zugestimmt. Obwohl das auch nach meiner Meinung wohl nicht notwendig gewesen wäre.

Eine reine Staatsvertragslösung dagegen hätte wahrscheinlich sogar Sinn gemacht und die Arbeit bei allen Beteiligten gemindert. Es löst aber bei mir keine besondere Begeisterung aus; denn man muss sich mit Blick auf die immer wieder geforderte Stärkung des Parlaments klar machen, dass eine Lösung mit zwei Gesetzen, wie wir sie

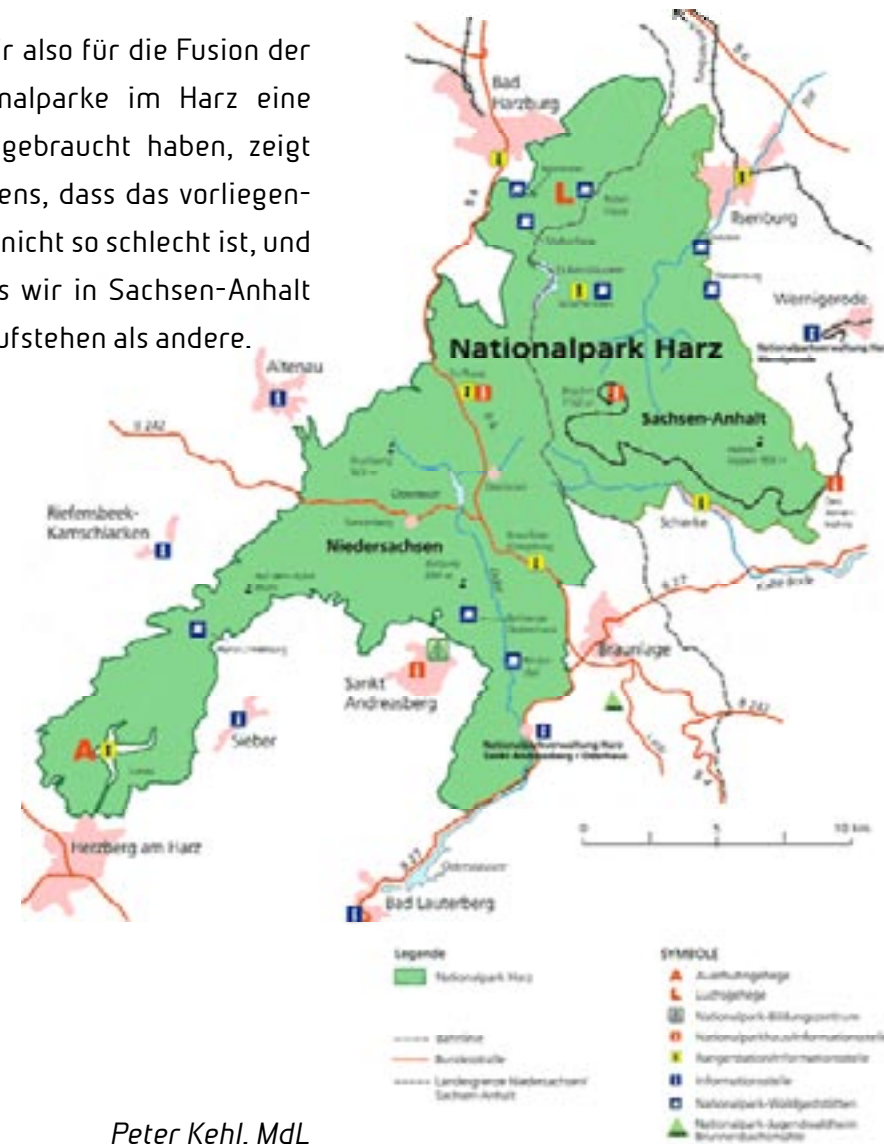
angedacht hatten eine solche Stärkung bedeutet hätte.

Es handelt sich aber letztlich nur um Verfahrensfragen und ich hatte deshalb auch keine Probleme damit, dass die Landesregierungen zum Abschluss eines solchen Staatsvertrages noch aufgefordert werden, wenn es denn für die Niedersachsen so wichtig ist. Wir konnten nun innerhalb zweier Tage in zwei Landtagen zwei weitgehend gleich lautende Gesetze verabschieden. Etwas unschön, aber unumgänglich war die kurzfristige Einbringung eines größeren Änderungsantrages, der natürlich den Zorn der Opposition erregte, weil sie sich übergangen fühlten. Wenn Teile der Opposition aber meinten, er wäre ein wenig spät gekommen, dann haben sie vielleicht nicht ganz Unrecht; die Beschwerden darüber kamen aber auch reichlich spät.

All das steht jedenfalls in keinem Verhältnis zu der Verspätung, die dieses Gesetz hatte, nämlich mindestens eine Legislaturperiode. Der nieder-

sächsische Umweltminister hat sogar erklärt, er könne sich das Modell des Nationalparks Harz auch für andere grenzüberschreitende Nationalparks, etwa im Wattenmeer, vorstellen.

Auch wenn wir also für die Fusion der beiden Nationalparke im Harz eine ganze Weile gebraucht haben, zeigt das doch erstens, dass das vorliegende Gesetz gar nicht so schlecht ist, und zweitens, dass wir in Sachsen-Anhalt doch früher aufstehen als andere.



Peter Kehl, MdL

Wunden aufreißen

Manchmal muss man sich schon Fragen ob die SPD im selben Bundesland lebt wie der Rest der Sachsen – Anhalter.

Wer, außer den Sozialdemokraten versucht noch ernsthaft Sachsen-Anhalt als Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik hinzustellen? Unser Land hat Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, beide übrigens Rot-Rot regiert, hinter sich gelassen und schließt bereits langsam aber sicher zu Brandenburg auf.

Diese Fakten lassen sich wohl kaum wegreden. Auch das seit 2002 sage und schreibe 20 000 neue Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie geschaffen wurden, den Sektoren die im Rest Deutschlands eher rückläufig sind, blieben den meisten unserer Mitbürger nicht verborgen. Die Stimmung im Land reagiert darauf positiv. Die Wirtschaft wächst

dynamisch, wie erst kürzlich von der unabhängigen Bertelsmannstiftung attestiert, in der Sachsen – Anhalt einen Sprung von Platz 16 auf Platz 13 machte.

POLITIK MIT WEITBLICK.

Kindergeld – Abschaffen

Ländliche Regionen – Aufgeben

Sachsen-Anhalt – Auflösen

SPD
Sachsen-Anhalt

Anzeige der SPD?

Und das wollen uns nun gerade die wieder schlecht reden die bis 2002, größtenteils mit bis heute identischem Personal, Sachsen – Anhalt in

die Schlusslichtposition gebracht haben? Unter Höppner wurden 90 000 Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt abgebaut, von neuen konnte keine Rede sein.

Zukunftsbranchen wie die grüne Gentechnik, heute ein Pfund mit dem unser Land wuchern kann, waren damals nicht in Sicht.

Bei einer solche verheerenden Leistung, wie der von 8 Jahren Rot-Rot, würde sich jeder normale Mensch verschämt in die letzte Ecke der politischen Arena setzen, und nicht wie jetzt die „SPD-Arbeitsmarkexpertein“ Frau Bröker zum Sturm auf das FDP geführte Wirtschafts- und Arbeitsministerium von Herrn Rehberger blasen.

Die Versager von gestern werden kaum die Erlöser von Morgen sein!



*Marcus Faber
Kreisvorsitzender
Junge Liberale Stendal*

Aufklärung

Die europäische Geistesbewegung, die im 17. Jahrhundert begann, das folgende Jahrhundert beherrschte und bis heute wirksam ist, lebt aus der Überzeugung, dass die Vernunft das eigentliche Wesen des Menschen ausmache und also sein Denken und Handeln bestimmen sollte. Ihr Licht soll irrationale Dunkelheit, dogmatische Enge und alle Dunkelmänner vertreiben. Auf die Frage, was die Aufklärung sei, antwortete der große liberale Philosoph Immanuel Kant: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ Doch blieb dies nicht eine philosophische Idee. Vielmehr zogen die Aufklärer aus ihr weitreichende, politische Konsequenzen. Noch einmal Kant: Er beschrieb die Prinzipien, auf welchen die Bürgerrechte gründen, als „1. Die Freiheit jedes Gliedes der Sozietät, als Menschen, 2. Die Gleichheit desselben mit jedem anderen als Untertan,

3. Die Selbständigkeit jedes Gliedes eines gemeinen Wesens, als Bürger.“ Im Namen dieser Prinzipien schufen die amerikanische und die französische Revolution die moderne Demokratie, organisierte sich aufgeklärtes Denken in der Bewegung des politischen Liberalismus. War ihr Gegner im 18. und 19. Jahrhundert der Absolutismus der Fürsten von Gottes Gnaden, so wurden im 20. Jahrhundert Aufklärung und Demokratie durch die totalitären Regime der Nationalsozialisten und Kommunisten lebensgefährdend bedroht. Der militärische Sieg der Alliierten über Hitler anno 1945 ebenso wie der durch demokratisch-liberale Festigkeit herbeigeführte Zusammenbruch des Kommunismus vor zehn Jahren zeigen die fortdauernde Lebenskraft der Grundsätze, denen sich der politische Liberalismus mehr als jede andere demokratische Richtung verpflichtet weiß.

nach Barthold C. Witte

Bildung

Bildung ist die neue soziale Frage dieses Jahrzehnts. Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt wird immer mehr von der Qualifikation abhängen. Das alte Sprichwort „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“ taugt nicht als Ratschlag an die Jugend, möglichst viel Faktenwissen während der Schulzeit einzupauken.

Neues Lernen ist gefragt, und Hänschen muss bereits vom ersten Schultag vermittelt bekommen, dass auch Hans noch lernen muss. Deutschland hat nicht längere Zeit darüber nachzudenken, ob unser Bildungssystem den vor uns liegenden Anforderungen noch gerecht wird.

Wir brauchen jetzt Bewegung in der Bildungspolitik. Wir brauchen jetzt Reformen der Bildungsinhalte, der Organisation der Bildungseinrichtungen und der Bildungsfinanzierung. Konsequente Subsidiarität, Eigen-

verantwortung der Bildungseinrichtungen und der Auszubildenden sind gefragt.

Ziel unserer Bildung muss es sein, einen jeden in die Lage zu versetzen, den vor uns liegenden Wandel zu bestehen, vor allem aber zu gestalten. Deshalb gehören Grundsätze, Inhalte, Methoden allgemeiner und beruflicher, wissenschaftlicher und auch politischer und kultureller Bildung auf den Prüfstand.

Christian Renatus

*aus dem Liberalem Institut
<http://chronik.fnst.de>*

Alexis-Charles-Henri Clérel de Tocqueville

Demokratieverständnis - eine Ambivalenz zwischen Freiheit und Gleichheit

Geboren im Jahr 1805 und aufgewachsen zu einer Zeit, in der sich die Effekte der französischen Revolution auf das ganze Land niederlegen, absolviert de Tocqueville in den Jahren von 1820 bis 1826 sein Studium in Philosophie und anschließend in den Rechtswissenschaften. Im darauf folgenden Jahr wurde er zum Hilfsrichter am Gerichtshof in Versailles ernannt. Diese Position ebnete den Weg zu seiner berühmten Studie „Über die Demokratie in Amerika“. Sie machte ihn schon zu Lebzeiten schlagartig bekannt und revolutionierte die politische Ideengeschichte.

Der offizielle Hintergrund seiner neunmonatigen Amerikareise sollte im Auftrag Frankreichs der Erforschung des amerikanischen Gefängniswesens und dessen Strafvollzugs dienen. Er hingegen strebte, durch den Zerfall der französischen Adelsstrukturen, nach neu-

en theoretischen Erkenntnissen zum Verständnis zwischen Aristokratie und Demokratie. Die Wiege der modernen Demokratie liege, so schlussfolgerte er nach seiner Rückkehr, nicht im alten, von Traditionen und Zwängen behafteten Europa, vielmehr offenbare sich die Zukunft von einem modernen Herrschaftssystem im Wesen der amerikanischen Auffassung zu Staat und Gesellschaft. Die Reinkultur der ausgeübten Demokratie und deren Naturzustand, wie sie ihm nach seiner Auffassung in Amerika begegnete, deklarierte er als den Prototyp der Demokratie. [...] Ich gestehe, in Amerika habe ich mehr als Amerika gesehen; ich habe dort ein Bild der Demokratie selbst, ihres Strebens, ihres Wesens, ihrer Vorurteile, ihrer Leidenschaften gesucht; ich wollte sie kennen lernen, und sei es auch bloß, um zu erfahren, was wir von ihr zu erhoffen oder zu befürchten haben.“

Wie sieht nun die amerikanische Kultur, das Bewusstsein des durchschnittlichen Amerikaners, also der besondere Geist der Nation zu jener Zeit aus? Die für ihn entscheidende Besonderheit ist einerseits die Freiheit, in die jeder Amerikaner geboren wird



(somit keine Anstrengungen betreiben muss, um veraltete Hierarchien durch Revolution aufzusprengen) und andererseits die politische Institutio-

nisierung, gegründet auf der Souveränität des Volkes. Daraus leitete er seine These ab, dass eine moderne Gesellschaft unter der Gesetzmäßigkeit der „égalité des conditions“ (Gleichheit der Bedingungen) steht. Aus diesem Grunde befasste er sich ausführlich mit dem politischen Systems Amerikas, da hier die Demokratie am weitesten entwickelt war.

Obwohl die kontinuierlich angestrebte Synthese von Freiheit des Individuums und Gleichheit aller vor dem Gesetz das Fundament eines modernen demokratischen Staates bildet, ist doch die Freiheit das ihm bevorzugte Kriterium zur Neugestaltung eines politischen Systems in Frankreich. Demnach existiert für ihn gerade bei den zwei Grundelementen ein Ungleichgewicht sowie Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Gleichheit der Bedingungen zur Freiheit des Einzelnen.

Die in einem aufgeklärten Staat entstehende formale Gleichheit der Bürger hat nach de Tocqueville verschiedene Auswirkungen. Zuerst bringen der Wegfall ständischer Ordnungen und die Rechtsgleichheit aller Bürger jenen Raum, den ein freiheitliches Individuum überhaupt benötigt. Der Wegfall von Autoritäten und die Unabhängigkeit der Menschen begründen jene Freiheitsliebe, welche demokratische Gesellschaften und ihre Institutionen auszeichnet. In einer daraus entstehenden Anarchie sehen die Kritiker die größte Gefahr einer demokratischen Ordnung. Tocqueville widerspricht dem nicht, sieht darin aber nicht das Hauptproblem des Gleichheitsprinzips.

Vielmehr fürchtet er eine schleichende Beeinträchtigung des Freiraums der Bürger. „Die Gleichheit löst nämlich zwei Tendenzen aus: die eine führt die Menschen geradewegs zur Freiheit und kann sie auch plötzlich in die Anarchie treiben; die andere leitet sie auf längerem, verschwiegenerem, aber sicherem Wege in die Knechtschaft.“

Während sich ein demokratischer Staat gegen die Anarchie zu schützen wisse, sei die Abwehr vor dem Verlust des individuellen Freiraums durch Gleichmacherei schwieriger, da diese sowohl den Neigungen der Masse der Bürger entspreche als auch dem Staat gelegen komme.

Für Tocqueville führt das Prinzip der Gleichheit unbedingt zu einem starken und zentralistisch organisierten Staat, gegen den sich das Individuum nicht mehr wehren kann. Daraus entsteht eine „Volksgewalt“ ohne Grenzen. Die Repräsentanten dieser Macht werden sich ihrer Gewalt allmählich bewusst und fördern diese Position aus Eigeninteresse. Die Regierenden können schließlich „alle Vorgänge und alle Menschen verwalten“. Für Tocqueville entsteht durch die immer stärkere Zentralgewalt ein Transfer von Verantwortlichkeiten. Unter „Regieren“ verstehen die Führer dieser Staaten nicht mehr nur die Regentschaft des gesamten Volkes, sondern auch die Verantwortlichkeit für das Wohlergehen jedes Einzelnen. Sie sehen ihre

Aufgabe nun auch darin, den Bürger „zu leiten und zu beraten, ja ihn notfalls gegen seinen Willen glücklich zu machen.“ Umgekehrt übertragen die Einzelnen mehr und mehr ihre Selbstverantwortung auf die staatliche Gewalt. Letztlich befürchtet Tocqueville ein Abrutschen in die Unfreiheit, wenn die Gleichheit zum einzigen großen Ziel wird: „Jeder Schritt zur Gleichheit bringt die Europäer dem Despotismus näher“. Folglich ist die Tyrannei der Mehrheit die größte Gefahr für die Freiheit in der Demokratie.

De Tocqueville sieht sich selbst keineswegs als kritischster Gegner der Demokratie in all ihren Elementen, er will lediglich diesen historisch bedingten Verlauf des Umschwungs der Gesellschaft und damit die Neukonstruktion des Staatssystems verstehen. Er versucht vielmehr auf die möglichen Gefahren und Risiken des Umbruchs aufmerksam zu machen, und somit den Freunden der Demokratie vor deren Gefährdungen warnen und ihre Feinde von ihren Vorurteilen befreien.

Kritisch betrachtet, wird ihm häufig die Überschätzung des Grades der Demokratisierung und Egalisierung in Amerika vorgeworfen - man denke nur an die Sklaverei, die Verfolgung der Ureinwohner und die Unterdrückung der Frauen. Somit war nur eine kleine Minderheit von Geburt an frei oder hatte eine politische Freiheit, also die Partizipation an der Gestaltung der Gesellschaft. Letztendlich berief er sich doch nur auf die am weitesten entwickelte Form der Demokratie und leitete aus seiner Analyse sowohl die Grundprinzipien wie auch die Gefährdungen ab. Zumal jede Theorie einen gewissen Idealismus nicht von der Hand weisen kann. Deshalb sollte sein Werk nicht als Metakritik der Demokratie aufgefasst werden, eher als Verbesserung und Leitfaden in der Gleichheit und Freiheit ausbalanciert zu sein scheinen.

In der nächsten Ausgabe:
Die Frankfurter Schule

Stefan Tavernier

